



Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Berlin

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis

Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Berlin, 10. Oktober 2013

Pressemitteilung

Reallöhne müssen steigen - Deutschland muss seiner Verantwortung für Europa gerecht werden

Zu den im dritten Quartal gesunkenen Reallöhnen erklärt Beate Müller-Gemmeke, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen:

Sinkende Reallöhne müssen für die neue Bundesregierung ein Warnsignal sein. Insbesondere im Dienstleistungsbereich besteht ein enormer Nachholbedarf. In keinem anderen Land der Europäischen Union sind die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor in Relation zu denen im verarbeitenden Gewerbe so niedrig.

Deutschland muss seiner Verantwortung für Europa gerecht werden. Statt den europäischen Partnerländern eine sozial unverträgliche Sparrunde nach der anderen zu verordnen, muss die Bundesregierung endlich auch ihre eigenen Hausaufgaben erledigen. Die Leistungsbilanzüberschüsse müssen gesenkt und die Binnenkaufkraft gestärkt werden. Und dazu sind höhere Löhne in Deutschland – insbesondere im Dienstleistungsbereich - unabdingbar.

Die Bundesregierung hat zahlreiche Instrumente, um die Lohnpolitik für Europa und im Sinne der Beschäftigten zu beeinflussen. Wir fordern die Bundesregierung auf, zügig die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen umzusetzen. Wir brauchen mehr branchenspezifische Mindestlöhne und eine konsequente Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und zwar für alle Beschäftigten.

Auch das Umgehen von Tariflöhnen durch zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen muss umgehend beendet werden. Dazu sind die im Koalitionsvertrag beschlossenen Regelungen Schritte in die richtige Richtung. Wir würden es begrüßen, wenn Betriebsräte zusätzlich mehr Mitbestimmung erhalten. Dies wäre gut für die Beschäftigten und auch für die innerbetriebliche Demokratie. Auch die Leiharbeit muss stärker reguliert werden, als dies im Koalitionsvertrag vorgesehen ist. Wir brauchen eine klare und einfache Regelung und zwar „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Tag. Die neue Bundesregierung -gerade mit sozialdemokratischer Beteiligung - muss alles für ein höheres Lohnniveau tun. Das ist gut für die Beschäftigten und insbesondere auch notwendig für Europa.